Ausländerwahlrecht

Der Vorarlberger Landtag hat sich mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, SPÖ und Neos, also mit großer Mehrheit, dafür ausge- sprochen, dass in Vorarlberg le- bende Unionsbürger (sogenannte EU-Ausländer) das Wahlrecht für den Landtag erhalten sollen.

„Es ist schon erstaun- lich, welche Vorbe- halte es gibt, Bürger der Europäischen Union mitentscheiden zu lassen.“

Vorerst handelt es sich bei diesem Vorstoß allerdings um nicht mehr als einen der berühmten Briefe nach Wien. Das Land hat nämlich keine Kompetenz, ein solches Wahlrecht einzuführen.

Der Verfassungsgerichtshof hat vor einigen Jahren Teilen der Wie- ner Gemeindewahlordnung, die ein allgemeines Ausländerwahlrecht für die Bezirksvertretungen beinhalteten, Verfassungswid- rigkeit beschieden. Das Recht der Republik (und damit auch jenes Wiens) geht gemäß Art. 1 der Bundesverfassung vom Volk aus. Das Volk, so der Verfassungs- gerichtshof, sei die Gesamtheit der Staatsbürger und nicht jener Menschen, die bei uns leben.


In einem zusammenwachsen- den Europa sollte die politische Mitwirkung der in einem Land lebenden und Steuern zahlenden Bürger eigentlich kein Problem sein. Vielleicht würden sie ja auch für mehr Subsidiarität und für mehr Entscheidungen auf regio- naler Ebene eintreten.

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.